

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 30 Mark. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennige. Der Abonnementpreis beträgt 3 Mark. Der Abonnementpreis beträgt 3 Mark. Der Abonnementpreis beträgt 3 Mark.

Neues in Kürze.

Drahtmelddaten und Radiotelegramme.

Der Verfassungsausschuss des preussischen Staatsrates hat am Mittwoch nach einem Votum des Staatssekretärs Weigmann über die Stellungnahme des Kabinetts zu dem Landtagsbeschluss über die einseitige Stimmenabgabe zugunsten im Reichstage gegen die Sozialdemokraten beschlossen, dem Plenum des Staatsrates vorzutragen, gegen dieses Gesetz Einpruch zu erheben.

Im preussischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Verlesung und einen Verlesungsausweis eingegangen. Das Gesetz soll die Verlesung der Verlesungen, in dem geheimen, schriftliche Mehrheits-Verhältniswahl vorgeschrieben ist, soll ein geheimes, schriftliches Verlesungsausweis-Verfahren erlassen werden.

Aus Dresdenber parlamentarischen Kreisen verlautet, daß für die Besetzung des bis her von dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Reimold innegehabten Postens eines löschlichen Finanzministers außer dem früheren Ministerialdirektor und jetzigen Direktor der Sächsischen Post, Dehne, einem früheren löschlichen Landtagsabgeordneten, auch ein hervorragender Vertreter der löschlichen Wirtschaft in Betracht kommt, nämlich Bankier Alfred Wrona, Chef des Bankhauses Wrona & Wrona, Dresden, und Vorsitzender des Vereins Deutscher Privatbankiers.

Der Preussische Staatsrat stimmte am Mittwoch der Annahme an die preussische Reichsversammlung zum Arbeitsvertrag, zu dem dahin geht, daß bei Streitigkeiten, bei denen die Berufung zulässig ist, Rechtsmittel und in erster Instanz zugelassen sind. Weiter sprach er sich dahin aus, daß nach Reich für den Völkern durch die Errichtung der Arbeitsverträge erwachsenden Rechtsanspruch ein Gesetz zu erlassen ist.

Der Bundesvorstand des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat gestern beschlossen, die sozialdemokratische und kommunistische Partei zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen, die voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden soll. In der Sitzung will der Bundesvorstand zwischen den beiden Parteien vermitteln, um den Völkern die einseitige Einseitigkeit der bisher vertretenen Parteien eine einseitige Grundlage zu geben.

„Dalla Mail“ meldet aus Berlin: Die russischen Militärmaßnahmen für die deutsche Schwerindustrie seien in sich zu Ende gekommen. Die deutsche Industrie habe wieder die Verfügung von Vorkäufen an die russische Regierung nach die geforderten einjährigen Kredite nicht zugestimmt. — Jetzt rückt die für die nächste Märzperiode gegen das Kapital durch Entzogen der Kredite und damit Wachen der Arbeitslosigkeit.

Einen sehr unerwarteten Bescheid hat der Reichstag Dienstag in seiner letzten Sitzung gefaßt. Er hat beschlossen, den Mitgliedern nur noch Tagelohn von 10 Mark statt 13½ auszuschlagen. Der Unterschied des Betrages wird der Kriegsblindenfürsorge des Reiches überwiesen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages erlaubt in einem Antrag die Reichsregierung eine schwebende Anklage und Werbung für den Genuß von Kognett zu entfallen und unangenehm einen Gelegenheitsvorzug, durch den der Verbrauch von Kognett zu vermeiden ist. Der Kognett ist einseitig und die Einfuhr ausländischen Weizens und Weizenmehles vermindert wird.

Der Reichstag „Matin“ behält den vorläufigen Wöhrer der Luftkontrollverhandlungen mit Deutschland. Savas meldet, daß auch die übrigen allierten Mächte eine völlige Wöhrung der Luftkontrolle über Deutschland nicht zugestimmt haben.

Nach Meldungen von demokratischer Seite soll zu den Verhandlungen der Arbeitskommission des Völkern der demokratische Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff, der frühere Völkfer in Washington, entsandt werden.

Auf Befehl der britischen Besatzungsbehörden mußten die beiden von den Franzosen eingerichteten öffentlichen Häuser in Wiesbaden innerhalb von vier Stunden geschlossen werden.

Der französische General Kaulin übergibt heute das Kommando der Marokkotruppen an den an seiner Stelle zum Oberkommandierenden ernannten General „Boulogne“. Schon wieder ein Kommandowechsel? Das ist kein gutes Zeichen.

Nach einer Meldung aus Washington hat die amerikanische Regierung gestern die amerikanische Regierung davon verständigt, daß sie in keiner Weise die Bestimmung des Gefangenens über das Eigentum von Ausländern, gegen die Amerika im England Einwendungen erhoben hatte, abändern werden. — Die Regierung haben Rücktritt.

Die neuen Reichsminister.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Rechtsanwaltschaft am Berliner Kammergericht, ist 1877 in Duisburg geboren, wo er dann seit 1905 als Rechtsanwaltschaft tätig war. Später war er in Heidelberg wissenschaftlich tätig. Dr. Curtius steht auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei.

Reichsinnenminister Dr. Rühl steht im 51. Lebensjahre. Er ist der Bürgermeister von Dresden. Vom Reichsfinanzamt wurde er 1902 nach Deutsch-Südwestafrika geschickt, wo er zwei Jahre lang die Selbstverwaltung der Gemeinden organisierte. Den Krieg machte Rühl als Hauptmann der Infanterie bis zu Ende der Weimarer Zeit mit. Rühl hat in der Weimarer Zeit die Ämter von „Kriegsverwalter“ gelebt, und schließlich wurde Rühl in dem bekannten sinnlosen Verfahren eines französischen Kriegsgerichts in seiner Eigenschaft zum Tode verurteilt. Zwei Jahre lang war Rühl Bürgermeister in Wiedburg gewesen, wo er zugleich Landtagsabgeordneter und Landtagspräsident wurde. Der demokratische Reichstagsabgeordnete gehört Rühl seit 1919 an.

Finanzminister Dr. Reimold ist das jüngste Mitglied des neuen Kabinetts. Er wurde am 1. Dezember 1887 in Dresden geboren. Mit 24 Jahren war er Vorsitzender des Aufsichtsrats einer großen Fabrik in Leipzig. Überall er ist zusammen mit Jund den Verlag des „Leipziger Tageblatts“. 1919 wurde Reimold in die Sächsische Volkswirtschaft gewählt. Das sächsische Finanzministerium übernahm er unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Gumbert und bis Ende 1920, als er unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Buch bei. Ende 1920, als in Gumbert sein sozialistisches Kabinett gebildet wurde, folgte Reimold aus diesem aus, um dann im Januar 1923 in den letzten noch bestehenden Kabinett der großen Koalition unter dem Ministerpräsidenten Heßler das Finanzministerium wieder zu übernehmen. Den nächsten Tag hat er jedoch geführt, daß sein Beibehaltung entfiel.

Aus dem Reichstag.

Im Reichstag beantragte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung der Kommunisten, die neue Regierung möge schon heute dem Reichstag ihre Programmklärung vorlegen. Der Reichstagspräsident Rabe konnte auf diesen Antrag nicht eingehen, weil ihm, wie er unter Hör-Hör-Rufen mitteilte, die Bildung der neuen Regierung noch nicht offiziell zur Kenntnis gebracht worden ist. Obgleich die Regierung die Programmklärung vorlegen und Veränderungen im parlamentarischen Verfahren in allen drei Besessungen angenommen, ebenso eine zweite Kammer um Hypothekendarlehen. Ein Gegenentwurf über die Verlegung der Holzbeamten beim Reichsministerium, die an den parlamentarischen Ausschüssen, eine Kammer zur Reichsversicherungsordnung, die Wohnhilfe betrifft, an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Vor einem „Nein“ in der Besatzungsfrage?

Savas meldet: Die deutsche Note, die einen weiteren Wöhrer der Besatzungsarmee am Rhein verlangt, wird von den Alliierten gemeinsam beantwortet werden, sobald die Besatzungsbedingungen abgeschlossen sein werden. Der deutsche Reichstag ist von Wien bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Völkernbestimmungen eine Verpflichtung zum Wöhrer über das militärisch für notwendig erscheinende Wöhrer nicht enthalten können (1).

Beamtenhöherigkeiten in Frankreich.

Der Reichstag „Matin“ meldet: Das Kabinett hat der Aufnahme von Verhandlungen mit den Beamtenverbänden zugestimmt. Die Gehaltsforderungen gehen im allgemeinen auf 40 Prozent Erhöhungen. Infolge der steigenden Beamtengehälter hat das Kabinett eine Untersuchung gegen die höchsten Beamten angesetzt, die auf Erträgen und Wöhrer in der Durchführung der Regierung teilgenommen haben. In dazwischen streifen die Beamtenarbeiter, in denen die Arbeiter und in die „Industriebelegschaft“.

Deutschenheer der Italiener.

Wie die Ansbacher Nachrichten aus Rom melden, soll ein italienisches Heer, das die Besetzung der italienischen Grenzgebiete zum Zweck einer Operation auf Grund des Friedensvertrages jederzeit unterstützen werden kann, wenn sich der betreffende Staatsbürger in Folge seines Wöhrers der italienischen Staatsbürgerschaft annehmen würde. Wegen dieser Wöhrer besteht ein Verbot an den Wöhrer und auch auf dem öffentlichen Wege an den König selbst. Das bedeutet, daß es bald Massenauweisungen aus Deutschland geben wird. „Sozial“

Verkappte Große Koalition?

Aus parlamentarischen Kreisen meldet unter Berliner Vertretern:

Nachdem die Demokraten in das zweite Kabinett Rühl übernommen worden sind, hat Dr. Rühl sich bereit erklärt, für einen Vertrag der Sozialdemokraten auf die erst gestern wieder angehängte Kampfkrieg gegen das zweite Kabinett Rühl vermittelt tätig zu sein.

Der Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung wird eine schnelle Entscheidung Deutschlands über das Aufnahmegerüst an den Völkern.

zur Frage haben. Diese halbe Entscheidung des Reiches gehörte zu den Hauptforderungen der Demokraten für ihren Eintritt in das Kabinett Rühl.

Regierungserklärung am nächsten Dienstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages des Reichstages wurde vereinbart, daß die Entgegennahme der Programmklärung der neuen Regierung am nächsten Dienstag die Programmklärung der Regierung am nächsten Dienstag gelehrt werden soll.

In den Tagen bis dahin soll die dritte Lesung des Reichsverschuldenplans für 1925 erledigt werden, und zwar mit der Maßgabe, daß eine Diskussion nur bei den Völkern der Ministerpräsidenten stattfinden, und dabei jeder Partei eine Frist von 15 Minuten und die Zeit für die Zeit von 10 Minuten fest steht.

Der „Italia“ zufolge wurde vom obersten sächsischen Zentralrat eine sächsischen Kontrollinstanz für die Weizsäcker und Weizsäcker eingeleitet. „Italia“ schreibt: Der Kampf für die sächsischen Weizsäcker beginnt in der Weizsäcker erlösten Gebiete wird jetzt zu beginnen.

Die Balkanpolitik Englands.

In einem Zeitartikel spricht die offizielle russische „Welt“ die Überzeugung aus, daß die nachdrücklichen Bemühungen Englands, einen Garantiepakt auf dem Balkan zustande zu bringen, eine Friedensschleife, sondern die Tendenz der Erweiterung des europäischen Einflusses über Zentral- und Ostasien bedeuten.

„Die englische „Kriegs““ so führt das Blatt weiter aus, „eines Balkan-Sozialismus ist eine englische Bestimmung, um den West- und Ost-Asien in Asien. In dem ersten Schritt ist ein Zusammengehen in die Richtung der Heranzugewandten worden, das schon vorher seine Ziele unter englische Kontrolle hatte.“

In weiterer Befolgung dieser Politik ist England nunmehr bereit, seinen Einfluss auf die Balkanländer zu vergrößern. Dabei vertritt England die Balkanländer durch das Bantam eines englischen jugoslawisch-schlesischen Bündnisses einzuschließen, dessen Ziel die englische Presse in dem Verlauf der jugoslawischen Regierung ist hat den Geist über die Absicht der Herstellung eines solchen Bündnisses widersprochen. „Welt“ weist darauf hin, daß England in seinem Zusammengehen mit Griechenland selbstverständlich die Salonfraktion nicht in seinem für „Kriegs“ gütigen Sinne werden lösen können.

Am Schluß der Auslegung heißt es: „Der sogenannte Völkernbestimmte hat der Balkanpolitik, noch ehe er sich entfalten konnte, bereits seine Marke erraten: „Kriegs““.

England - Rußland.

Der Londoner „Morningpost“ zufolge stehen die Verhandlungen über die Schaffung eines sächsischen Bündnisses mit dem Reichstag. — „Kriegs“ ist eine sehr diplomatische Ausdrucksweise; gemeint ist: „Kriegs“ ist ein in die englische Regierung in Rahmen ihrer Einflussespolitik einzuwirken hat seit langem bemüht. Die Geheimpolitik der Komplexpolitik verfaßte 48 Epilone, die Staatsangehörige der an Rußland angrenzenden Nationen sind. Die Verhältnisse werden befriedigt, den Verzicht auf zu haben, militärische Pläne der Komplexpolitik in die Hände zu bekommen. Die Komplexpolitik, erfüllt zu diesen Verhandlungen, hat Oberst Karl, ein englischer Engländer, das Haupt der Epilone ist.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 11. Januar 1926 1.221.000. Das sind 20.000 weniger als in der vorhergehenden Woche und 20.000 weniger als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Gefahren im Rückstrom zum Lande.

Von Dr. G. W. Schiele.

Die Zahlen der Arbeitslosen in den Städten steigen. Die Regierung, wie sie auch je, wird das zu ändern vermögen. Wir müssen erkennen, daß wir überindustrialisiert sind. Die sächsischen Arbeiter, die durch Zufuß zum Lande her entlassen sind, müssen zu wachen aufstehen, und ein Rückstrom nach dem Lande zu verhindern.

50 Jahre lang haben wir einen ununterbrochenen Wanderstrom vom Lande in die Städte gehabt. Dieser Strom wird sich umkehren. Alle diejenigen Berufsstände, die sich nach den städtischen Jugend zu erinnern vermögen, werden zurückströmen. Dadurch werden sich die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande. Die bisher unter dem Rückstrom litten, für den Arbeiter verbessern. Es besteht eine unermessliche leistungsfähige Industrie auf dem Lande, die wir stiller nötig haben, um der Volksernährung willen, und die wir längt mit Bewußtsein hätten herbeiführen müssen, wird sich dann endlich noch selbst machen.

Schon was eigentlich ein Vorgang der Heilung und der Genesung und der Errettung eines überindustrialisierten Volkes sein müßte, das kann dadurch, daß wir es solange hinausgeschoben haben, zu einer fatalistischen Wendung und zu einer ärgeren Gefahr werden. Eine Million Erwerbslose oder auch nur eine halbe Million sind nicht leicht auf das Land zurückzuführen und noch viel weniger kann man sie sich selbst helfen lassen. Die Erwerbslosigkeit zu beseitigen.

Die erste Methode ist die, daß man in den Städten Erwerbslosenunterstützung gibt. Schwache Regierungen glauben sich damit noch zu helfen, die Erwerbslosen loszulassen. Sie irren sich. Die sächsischen damit nur Völkernbestimmte in den Städten. England geht die gefährlichen Wege, und wir sind im Gefahr, im Rückstrom zum Lande zu fallen zu kommen.

Die zweite Methode ist die der sogenannten produktiven Erwerbslosetätigkeit; das heißt, man nimmt angedeutete, produktive Unternehmungen vor, z. B. Kanalbauten. Das hat die große Gefahr, wenn die Erwerbslosetätigkeiten in die Landwirtschaft gelehrt werden, — wenn mit geistlichem Jungs die Landwirte angewiesen werden, die Maschinen zu beschaffen, zu betrieblen, die große politische Gefahr dabei; denn das heißt, Völkernbestimmte auf das Land schicken, während doch bisher wir in Deutschland nur dadurch vor dem sozialen Untergang und vor dem Völkernbestimmten bestanden sind, daß wir die Erwerbslosetätigkeiten in der Produktion bewiesen hat. Produktive Erwerbslosetätigkeit ist Zwangsarbeit und Zwangsarbeit auf dem Lande ist Züchtung von Völkernbestimmten. Wenn wir diesen Weg gehen, so werden die Folgen schwer die Völkernbestimmte, wie die Schiefer in ihrer Gefahr liegen.

Der dritte Weg ist der der freiwilligen Umschulung. Es ist der natürliche und der einzige, der wirklich große Veränderungen und Heilungen vorzubereiten vermag.

Denn aber diese freiwillige Umschulung vorzuziehen, gehört zu: die Macht und die Gewalt der städtischen Bevölkerung. Nur die Gewalt der freien und städtischen Bevölkerung ist es, die die Umschulungen herbeiführen. Der Stand der Agrarpreise muß über den Stand der Industriepreise steigen und danach muß auch der Stand der Agrarpreise über den der Industriepreise steigen.

Die Entlohnung wird eintreten an dem Tage, wo uns die Amerikaner nicht mehr dörren. Dann löst die große Mehrzahl nach, der untere sächsischen Bevölkerung in einer Art Zwangsstand in den letzten drei Jahren gelebt hat. Dann werden die deutschen Agrarprodukte wieder ein notwendiger und begehrter Artikel in Deutschland werden müssen.

Wer noch weiß, allezeit tritt diese heilige Umwandlung, welche allein zur Genesung und zur Heilung der großen erwerbslosen Massen führen kann, noch nicht ein. Der gefährliche und sächsischen Pump geht weiter, — und als notwendige Folge geht die Arbeitlosigkeit auch weiter. Die Gefahr besteht in einer sehr ernsten politischen Gefahr für die Landwirtschaft, die darin besteht, daß allezeit topische Experimente der Heilung der überindustrialisierten Massen, wie unter Regierung vorgenommen werden. Man wird auf die 150.000 polnischen Arbeiter, welche in der Landwirtschaft beschäftigt werden, hinweisen, und wird irgendeine große Organisation der sächsischen Arbeiter herbeiführen, durch welche der Landwirtschaft, die erwerbslosen Massen aufzuwaschen werden.

Da ist es nun zu beachten, daß in dem sogenannten Agrarbestimmten, d. h. in dem freiwilligen Erwerbslosetätigkeiten, die sächsischen Jugend hat eine Lösung dieser Frage der Rückwanderung auf das Land angedeutet, welche ganz anders, viel eifriger, ist, denn die Welt der sächsischen und der sächsischen geleitet ist. Die landwirtschaftlichen Erwerbslosetätigkeiten, wie auch die sächsischen Erwerbslosetätigkeiten, werden sich selbst angehen lassen, diese Bewegung zu fördern. Sie können dann darauf hinweisen, daß sich dies

